

16

Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS
DEUTSCHLAND

Schulstreik gegen die Wehrpflicht – Teilnahme von extremistischen Organisationen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zu der Teilnahme extrem linker Parteien und Organisationen (z.B. MLPD) sowie von Gruppen mit offen israelfeindlichen bzw. Pro Hamas/„Pro Gaza“-Positionierungen an der Demonstration „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ am 5. März 2026 in Bremen vor, und wie bewertet der Senat die politische Instrumentalisierung einer von Schülerinnen und Schülern getragenen Veranstaltung durch solche Akteure?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche bei schulnahen bzw. von Schülern besuchten Demonstrationen nicht zum Spielball extremistischer oder antidemokratischer Gruppierungen werden, und wie werden Eltern darüber informiert, in welchem politischen Umfeld sich ihre Kinder bei solchen Veranstaltungen während der Schulzeit tatsächlich bewegen?
3. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, dass bei der Demonstration „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ am 05. März 2026 in Bremen extremistische Organisationen oder Gruppen mit israelfeindlichen bzw. antisemitischen Positionierungen mit Fahnen und Parolen präsent waren, und wie bewertet der Senat die Teilnahme minderjähriger Schülerinnen und Schüler an einer solchen Versammlung im Lichte des staatlichen Schutzauftrags gegenüber Kindern und Jugendlichen?

Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND